NEUES FORUM
BULLETIN
Nr. 11 20.11.1991

Inhalt:

AUFRUF !

Nun hat der Entwurf des Gesetzes zum Umgang mit den MfS-Akten den Innenausschuß des Bundestages passiert. Bis zu seiner Verabschiedung ist es nicht mehr weit. Nach dem bewährten Rezept von Zuckerbrot und Peitsche soll hier der Öffentlichkeit vorgeGAUCKelt werden, daß Betroffene ein weitgehendes Einsichtsrecht in ihre Unterlagen erhalten. Die Realität ist jedoch, daß es im Ermessen der Gauck-Behördenbürokraten liegen wird, wie weitgehend die Einsicht im einzelnen erfolgt. Nur sie werden entscheiden, wer überhaupt betroffen ist.
Was will Bonn wirklich mit diesem Gesetz erreichen?
Ganz sicher ist das Gesetz über den Umgang mit den MfS-Akten der Versuch, die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit (eben nicht nur der DDR) der Öffentlichkeit zu entziehen. Mit dem angedrohten Strafmaß zwischen einer halben Million D-Mark und fünf Jahren Freiheitsentzug nur für den Besitz und die Arbeit mit Unterlagen des MfS (Kopien, Notizen, Protokolle u.s.w.) wird es zum Knüppel gegen die Presse und die Bürgerrechtler, welche sich der Aufarbeitung dieses Teils der Vergangenheit widmen.
Dieses Gesetz dient vordergründig der Rehabilitierung der Opfer der Stasi-Willkür. Tatsächlich dient es den bundesdeutschen Diensten als Nachlaßverwalter des Stasi-Erbes. Die Geheimdienste erhalten nun endgültig, uneingeschränkt und unkontrolliert Zugriff auf die Stasi-Akten und sind befugt, die sie interessierenden Unterlagen ersatzlos (!) aus dem Bestand der Archive zu entwenden.

Das Gesetz ist ein Skandal!

Wir rufen daher auf, sich nicht an dieses Gesetz zu halten und alle Unterlagen des MfS öffentlich zu machen. Kopiert diese Unterlagen und stellt sie der Öffentlichkeit zur Verfügung
(z.B. über das Dokumentationszentrum des
BÜRGERKOMITEEs
"15.JANUAR", zu erreichen im
"Haus der Demokratie",
Friedrichstr.165,
O-1080 Berlin,
Tel.:2292546,
oder über die
UMWELT-BIBLIOTHEK
Berlin,
Schliemannstr.22,
O-1058 Berlin,
oder über das
FORSCHUNGSZENTRUM
zu den Verbrechen des
Stalinismus in der DDR,
Arthur-Weineck-Str.5,
O-8029 Dresden).

Seid ungehorsam, denn Vergangenheit darf nicht verschwiegen werden!!

Büro des
BÜRGERKOMITEEs
"15.JANUAR"e.V.

Berlin, 6.11.91

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro Berlin, 1080 Berlin, Friedrichstraße 165 **Redaktion:** Sabine Schaaf, **Telefon:** 2 29 23 17 **Fax:** 2 29 23 51

Wir wollen kein Himmelreich

Am 4. November 1989 haben wir die Stalinisten besiegt. Über eine halbe Million Menschen beerdigten auf dem Alexanderplatz die SED-Diktatur. Die Angst war der Freiheit gewichen.

Wo ist die Freiheit geblieben?

Sie wurde verschüttet von neuen Ängsten:

- vor einer ungewissen Zukunft
- vor Arbeitslosigkeit
- **vor Gewalt gegen die Schwächsten: gegen Ausländer, Frauen, Kinder und Alte**
- vor unbezahlbaren Mieten
- vor Spekulanten
- vor verschlossenen KiTa-Türen
- vor der Hoffnungslosigkeit der Jugend

Angst vor Regierenden, Parteien und Treuhändlern, die uns über den Runden Tisch ziehen.

Wir wollen Arbeitsplätze, bezahlbare Mieten, KiTas,

keine Spekulanten und ein Deutschland für alle!

Deshalb demonstrieren wir wie im Herbst 1989, denn

wir wollen unsere neue Angst überwinden!

Am 4. November 1991 um 17.00 Uhr auf dem Alexanderplatz

NEUES FORUM

Reicht dem irakischen Volk die Hand!

Der Krieg gegen Saddam Hussein wurde bejubelt - die Opfer im Irak werden jetzt vergessen. Kurze Beine hatte die Lüge vom sauberen Krieg mit "chirurgischen Eingriffen". Heute steht fest, daß die mehr als 100 000 Bombenflüge schwersten Schaden hinterlassen haben. Die zivile Infrastruktur des Irak wurde weitgehend zerstört. Zu den gefallenen Soldaten kommen ungezählte Opfer unter der Zivilbevölkerung: Noch heute sterben Frauen und Kinder an den Folgen von Unterernährung, Mangel an sauberem Wasser und Seuchen.

Betroffen von den Folgen des Krieges sind wieder einmal vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten und die politisch Mißliebigen. Besonders katastrophal ist die Lage der Menschen, die sich nach der brutalen Bekämpfung des Aufstandes gegen Saddam Hussein in die Sumpfgebiete Iraks geflüchtet haben und durch Saddams Truppen von jeglicher Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten werden. Es wird geschätzt, daß es sich um eine halbe Million Menschen handelt, die bis jetzt noch keine Hilfsaktion erreicht hat.

Endlich hat die UNO gehandelt und eine Lockerung des Embargos zum Zweck der Lebensmittelbeschaffung beschlossen. Gewiß ist, daß diese Maßnahme nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann. Sie bedeutet einen Betrag von etwa 100 DM pro Kopf der Bevölkerung. Es bedarf daher dringend weiterer internationaler - staatlicher und anderer - Hilfe, um die Kriegsfolgen und die Folgen der Bekämpfung des Aufstandes in dem schwer geprüften Land zu lindern und seine Wiedereingliederung in die Völkergemeinschaft anzubahnen.

Deswegen rufen wir zur Solidarität auf. Reicht der irakischen Bevölkerung die Hand! Wir wollen dringend benötigte Lebensmittel, besonders Babynahrung und Medikamente beschaffen und sie mit Hilfe der UNO sowie kooperationsbereiter Organisationen direkt im Lande, besonders in den südlichen Sumpfgebieten, zur Verteilung bringen.

Über den Erfolg der Aktion werden wir öffentlich Rechenschaft legen und berichten.

Spendenkonto:
Hendrik Kraemer Haus - Ökumenisches Zentrum,
Postsch.-Kto.: Berlin West 41830 - 107

Dieser Aufruf wird vom Komitee Menschenrechte im Irak initiiert.

Das Komitee wird unterstützt vom Friedens- und Internationalismus Bereich der GRÜNEN/AL Berlin und verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung

Liebe Freunde

Aus einem Brief von Mitgliedern des NEUEN FORUM an alle Basisgruppen

Das NEUE FORUM ist nun zwei Jahre alt. Hat es sich überlebt und werden die kritischen Fragen heute von den neuen politischen Kräften beantwortet? Wir glauben nicht. Nach wie vor können die lebendigen Fragen und Antworten nur in einem Diskussionsprozeß gefunden werden, an dem alle Menschen beteiligt sind, die Kompetenten und die Betroffenen, die in den Parlamenten und die auf der Straße. Nach wie vor gibt es Minderheiten und Andersdenkende, die durch Mehrheiten totgeredet werden. Nach wie vor muß sich der demokratische Wandel von unten her entwickeln und kann nicht allein von oben verordnet werden. Auf dem Weg in die Demokratie sind viele von uns in den neuen Parteien hängengeblieben, ob sie nun Forum Partei, SPD, FDP, Grüne oder Bündnis 90 heißen.

Es gibt aber deshalb keinen Grund, uns selber wegzurationalisieren - im Gegenteil: wir sind wichtiger als je zuvor, denn wir sind die Brocken aus der Bürgerbewegungssuppe, die hoffentlich noch einigen im Hals stecken bleiben werden. Wir wollen uns nicht paßgerecht machen, sondern quer zur Parteienlandschaft die Welt betrachten und verändern. Das Bündnis 90 wird über kurz oder lang Teil der Grünen Partei sein und sich damit den Spielregeln der westdeutschen Parteien anpassen, so wie die Grünen das auch in den letzten zehn Jahren getan haben. Die Grüne Partei und die grüne Bewegung fallen in dem Maße auseinander, wie sich die Strukturen der Grünen Partei verfestigen.

Wir wollen Vielfalt, auch im Parlament, deshalb wollen wir die Hürden, wie z.B. die 5%-Klausel, im Wahlgesetz abbauen anstatt uns gleichzuschalten, damit wir den Sprung ins Parlament schaffen. Man kann nicht die alten ausgetrampelten Pfade benutzen, wenn man neue Horizonte erreichen will.

Unser Problemkatalog von 1989 hat sich leider nicht überlebt. Heute sind die, die unter der Stasi und SED im Land geblieben sind und gearbeitet haben, erneut einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgesetzt. Unter der Oberfläche herrscht massive Unzufriedenheit. Die Wirtschafts- und Sozialkrise im Osten trifft besonders hart die heute über 45-jährigen und auch die Jugendlichen. Sie sind doppelt enttäuscht. Enttäuscht von der Verlogenheit des Sozialismus, enttäuscht von der Brutalität der neuen Ordnung, die sie zu Randgruppen der Gesellschaft macht. Enttäuschung und Verbitterung über die materielle und soziale Benachteiligung gegenüber den Bürgern in den alten Bundesländern bereiten den Boden für ein Anwachsen von Jugendkriminalität, aggressiver Gewalt und Provokationen extremistischer Gruppen. Voller Sorge stehen Eltern und Lehrer, die selbst in einer Situation der Statusunsicherheit und Identitätsuche sind, hilflos vor dem Problem der zunehmenden Radikalisierung von Jugendlichen, das begleitet ist von nationalistischem Dünkel und Ausländerfeindlichkeit. Hier liegt eine Aufgabe für die Bürgerbewegung. Sie muß weiterhin Interessen von Minderheiten auf die eckigen grünen Tische der Parteien bringen, um so dem Mißverständnis entgegenzuwirken, daß die aufbrechenden Feindseligkeiten lediglich ein Ergebnis der geschlossenen DDR- Gesellschaft sind. Brauchten wir nicht einen öffentlichen Runden Tisch für die Ausländerproblematik? Runde Tische als Forum für das Finden von Antworten auf drängende Fragen sind nicht aus der Mode, weil wir jetzt den westdeutschen Rechtsstaat haben. Mir müssen politischen Druck erzeugen, der einer massiven Entwertung vergangener Erfahrungen und gelebten Lebens in Ostdeutschland entgegenwirkt. Diesen Druck werden wir nur erreichen, wenn wir quer in allen Parteien unsere Verbündeten suchen, und nicht nur in den Parlamenten sondern auch auf auf der Straße, in den Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden.

Unsere Basisgruppe "Parlamentarier" muß in die horizontale Vernetzung eingebunden sein und dazu beitragen, daß Politik transparent und damit bürgernah wird.

Die Forderung nach Transparenz der Geheimdienste hat sich nicht mit der Abschaffung der Stasi erledigt, solange es einen Verfassungsschutz gibt.

Entmilitarisierung hat sich nicht mit der Absschaffung der NVA erledigt, solange es eine Bundeswehr gibt.

Vorher durften wir etliche Gebiete nicht betreten, weil sie der Armee und Stasi gehörten, heute aber wird uns fast jede Gartenparzelle unter dem Hintern weg verkauft. Dabei wollten wir keine Privatisierung sondern, daß das Staatseigentum endlich Volkseigentum wird.

Durch die Beschäftigung mit uns selbst haben wir die Organisierung von Widerstand vernachlässigt, sonst hätten wir wohl die Treuhand besetzt und auch bei der Besetzung der Normannenstraße mehr erreicht. Im nächsten Jahr soll uns das nicht wieder passieren, aber wenn wir nicht aufpassen, wird das Stasi-Aktengesetz niemandem Einblick in seine Akten gewähren. Wenn wir nicht aufpassen bleibt Finanzminister Waigel auf den ostdeutschen Parteivermögen sitzen, die eigentlich in eine Stiftung für Ostdeutschland gehören. Noch können wir verhindern, daß die Treuhand alle "Filetstükke" an westliches Kapital verschleudert und die ostdeutschen Kommunen auf den Altlasten sitzen bleiben. Wir wollen zum gewaltfreien Widerstand ermutigen und diejenigen unterstützen, die ihn leisten.

Nach über einem Jahr inhaltsarmer Selbstbeschäftigung kann sich das NEUE FORUM wieder den Problemen der Menschen widmen. Vorher aber müssen wir unsere Arbeitsfähigkeit sichern, ansonsten geht es uns wie den Sachsen und wir werden durch die, die ins Bündnis 90 gehen, einfach "liquidiert". Notwendig ist es jetzt, daß in den Ländern die Ländersatzung erarbeitet und beschlossen wird. In Sachsen haben am 28./29. September 50 Mitglieder des NEUEN FORUM versucht, das NEUE FORUM aufzulösen und einen Landesverband Bündnis 90/Grüne als Rechtsnachfolgeorganisation zu gründen. Nach Protesten von Forum-Mitgliedern und einer Verhandlung vor der Bundesschlichtungskommission hat die Kommission diesen Auflösungsbeschluß aufgehoben und 7 Landessprecher des Amtes enthoben.

Der Bundeskoordinierungsrat beschloß auf seiner Sitzung am 12.10. den verfeindeten Parteien zu empfehlen, sich an einen Tisch zu setzen und die Konflikte friedlich ohne Gerichtsverfahren auszutragen. (...)

Wie in Sachsen, wird auch in den anderen Ländern das NEUE FORUM seine Arbeit neu strukturieren müssen.

Wie in der Rahmensatzung auf unserem Bundesforum beschlossen, müssen diejenigen, die im Bündnis 90 Funktionen übernommen haben, ihre Mandate im NEUEN FORUM niederlegen. Für diese müssen dann in den Ländern neue Mandatsträger gewählt werden.

Zu unserem nächsten Bundesforum werden wir hoffentlich wieder mit mehr Interesse und Neugier kommen und uns endlich über unsere inhaltliche Arbeit in den Ländern austauschen.

Berlin, 24.10.91

M. Antholzner, M. Baehr, R. Baron, E. Bleich, B. Bohley, J. Byl, B. Florath, B. Göhrs, J. Hermann, K.-H. Heymann, H. Höfler, S. Hussain, G. Karpa, C. Kirchgeorg, I. Köhls, I. Köppe, M. Konkol, I. Kukutz, M. Kukutz, D. Müller, D. Poge, M. Raudszus,T. Reimer, J. Seidel, M. Schreiber, R. Schult, A. Stantien, S. Steinbacher, M. Tietze, J. Werdin, C. Wiehe, K. Wolfram

Liebe Freunde

Ich habe Euren Brief gelesen und bin überrascht, mit wieviel Selbstsicherheit Ihr auftretet. Ich stelle mir die Frage, mit welcher Massenbasis Ihr dem hehren Anspruch gerecht werden wollt, den Ihr für Euch definiert: "Wir müssen politischen Druck erzeugen, der einer massiven Entwertung vergangener Erfahrungen und gelebten Lebens in Ostdeutschland entgegenwirkt. Diesen Druck werden wir nur erreichen, wenn wir quer in allen Parteien unsere Verbündeten suchen und nicht nur in den Parlamenten sondern auch auf der Straße, in den Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden".
Immer wieder stelle ich fest, daß ohne Rücksicht unternommene, nicht beweisbare Unterstellungen zu einer ständig fortschreitenden Zersplitterung der Bürgerbewegung führt. Die Arroganz, alleinig im Besitz der politischen Wahrheit des Herbstes '89 zu sein, ist nichts anderes als Harakiri, insbesondere, wenn man nichts besseres zu tun hat, als alle anderen, die nicht in das Individualkonzept der großen Vordenker passen, vor den Kopf zu stoßen. Ist das nun die Dialogfähigkeit des Herbstes '89?
Die Lagebeschreibung für das neue Deutschland ist präzise und wird von mir voll unterschrieben. Aber das Ziel, etwas zu verändern, verkehrt sich ins Gegenteil, wenn man mehr und mehr dazu übergeht, den Heiligenschein "Herbst 89" zu pflegen und sich in dessen sanftem Licht zu sonnen. Die anderen wollen ja doch nur Partei, wollen ja doch nur Vereinigung mit den Grünen und sind schon wegen dieser, von Euch unterstellten Ziele für Euch nicht mehr "partnerfähig". Vielmehr benutzt man schon bei der Sachsen-Bewertung den Begriff "verfeindete Parteien". Der Graben wird immer tiefer.
Und eine Unterstellung entspricht einfach nicht Eurem Niveau: Noch ist das Bündnis 90 genauso viel oder wenig Partei wie das "NEUE FORUM".
Vielleicht fällt es Euch auf, daß ich auf Distanz gehe. Aber diese Grabenkämpfe zerstören meine Kräfte. Der schon lange betriebene Berliner Konflikt führt nun auch in Thüringen allmählich zur Konflikt-Parteien-Bildung. Zwei Jahre unermüdliche Arbeit für Bürgerbewegungspolitik mit der Ausrichtung auf eine breite Basis wird in Thüringen unterminiert. Aber das ist wohl die Sackgasse, in der wir uns alle befinden. Am 23.11.91 fällt auch in Thüringen die endgültige Entscheidung. Und dann hoffe ich endlich auf inhaltliche Arbeit. Hoffentlich werden es mehr sein, als im trüb belichteten verräucherten Hinterzimmer Platz haben.
Ich habe kein Rezept für unser Problem. Eins aber weiß ich genau: Mit Ausgrenzung Gleichdenkender und nicht mehr vorhandener Gesprächsbereitschaft dürften wir bald am Ende sein.
Übrigens bedeutet Gesprächsbereitschaft nicht nur das Darstellen der eigenen festgefahrenen Position, sondern auch das Aufeinanderzugehen. Der aufrechte Gang, verbunden mit dem "Offen-in-die-Augen-Schauen", ist dafür das Fundament.

Erfurt, den 1.11.91
Mathias **Ladstätter**

PS. Der Satz: "Die grüne Partei und die grüne Bewegung fallen in dem Maße auseinander, wie sich die Strukturen der Grünen Partei verfestigen" sollte auch für den Zustand der Bürgerbewegung bedacht werden!

Hinterher ist man immer klüger.

Nicht nur dann, wenn man miteinander diskutiert, sondern auch, wenn es nicht geschieht. So ist dann für jede und jeden wenigstens etwas herausgekommen. Das ist wenig, denn geplant war weit mehr: Mitgliedervollversammlung war der Name dessen, wozu vom Sprecherrat geladen worden war. Austauschen wollten wir uns, reden über das "Wie weiter..." Unsere Vertreterin und unsere Vertreter im Abgeordnetenhaus wollten und sollten nach neun Monaten im Parlament berichten, wie es lief, wie es laufen könnte und wie es weiter laufen soll. Erfahrungen von Basisgruppen sollten besprochen werden. Bundeskoordinierungsratskandidaten mußten nominiert werden. Soweit die Intention derer, die den Tagesordnungsvorschlag erarbeitet und vertreten hatten.
Wer dann nun der Einladung folgte und kam, müßte sich eigentlich bald gefragt haben, ob er sich denn wohl auch in der richtigen Versammlung eingefunden hatte.
Erfahrungen mit Netzwerkarbeit sollten ausgetauscht werden. Erfahrungen mit Netzwerkplänen wurden erzählt und zur Kenntnis genommen. Groß war das Interesse scheinbar nicht, denn Nachfragen gab es keine und auch die Berichterstatter aus Prenzlauer Berg und Köpenick hatten sich untereinander nichts zu sagen und nichts zu fragen. Und wer bei den Sitzungen des Sprecherrates immer gut aufgepaßt hatte oder wer von seinen Vertreterinnen und Vertretern in diesem Rat regelmäßig alles berichtet bekam, hörte auch nichts Neues. Wer den angekündigten Bericht vom "Runden Tisch von unten" erwartet hatte, ging gänzlich leer aus - die Zeitnot hatte ihn kurzerhand und fast stillschweigend aus der Tagesordnung gedrängt. Grund genug also, sich künftig wieder an die längst nicht neue Forderung nach Problembehandlung in Arbeitsgruppen zu erinnern, hier läßt es sich bekanntlich nicht nur gemütlicher, sondern auch sachlicher miteinander reden. Denn zu reden haben wir eine Menge. Zu bereden wäre da der Antrag an die VV gewesen, den Abgeordneten zu empfehlen, Gespräche über die Bildung einer gemeinsamen Fraktion mit den Vertreterinnen und Vertretern von Bündnis 90 und Grünen/AL aufzunehmen. Nach dem Bericht der "Viererbande" (Sebastian Pflugbeil) und der sich daran anschließenden kurzen Diskussion waren Grund und Stoff genug gegeben.
Es sollte aber nicht sein: Die Geschäftsordnung sagte ein PRO, ein KONTRA zu dem entsprechenden Antrag, die Versammlung ließ so nicht einmal allen drei Abgeordneten des NEUEN FORUM in der Gruppe die Möglichkeit, sich zu dem Antrag zu äußern. Es machte Mühe, hier noch den Zeitdruck gelten lassen zu können. Denn die der Gruppenbildungsentscheidung zugrunde liegende Empfehlung der MVV an die Abgeordneten des NEUEN FORUM, "... eng mit der Fraktion der AL zusammenzuarbeiten, zum jetzigen Zeitpunkt aber keine gemeinsame Fraktion zu bilden" und das Einverständnis eben dieser Abgeordneten wurde nicht nur vor dem damaligen Hintergrund einer geplanten Ostfraktion Bündnis 90/Grüne/UFV aller gemeinsam zu den Abgeordnetenhauswahlen angetretenen Gruppierungen ausgesprochen, sie ist eben auch schon neun Monate alt. Dinge, Fakten könnten sich - in der einen oder in der anderen Richtung - verändert haben. Schließlich ist es eine der politischen Entscheidungen mit der weiteste Tragweite des Berliner NEUEN FORUM

und bedarf schon daher, wenn nicht permanenter Diskussion, dann doch regelmäßigen qualifizierten Hinterfragens.
Beweis hierfür ist nicht zuletzt das Abstimmungsergebnis, das - gegenüber dem vom Dezember '90 (eine Gegenstimme, zwei Enthaltungen, nicht ausgezählte mehrheitliche Zustimmung der damals etwa 80 Anwesenden zum oben erwähnten Beschlußgegenstand) - mit 26 Stimmen (15 Enthaltungen, 34 Gegenstimmen) für ein Aufnehmen neuer Gespräche mit den inzwischen in der Fraktion Bündnis'90/Grüne(AL)/UFV verbündeten Abgeordneten von Demokratie Jetzt, IFM, UFV, Ostgrünen und AL eine wenngleich nicht mehrheitsfähige, dennoch deutliche Trendveränderung in der Betrachtung anzeigt. Der vorhandene Diskussionsbedarf der Basis ist so wenigstens signalisiert, und bei künftigen Diskussionen dieses wie auch aller anderen Themen werden wir uns hoffentlich auch wieder auf Stil besinnen. Von dem nämlich war an diesem Abend sehr wenig zu spüren. Was nicht verwundert, wenn auf der einen Seite Prozente beflügeln, auf der anderen Seite die verunsicherte Tagungsleitung ihren Standpunkt teilweise nicht von der Moderation trennen kann. Besinnen sollten wir uns auch darauf, daß beim NEUEN FORUM die Meinung und der Rat einer und eines jeden Bedeutung haben, es zweitrangig bleiben muß, welches Parteibuch sie oder er gerade in der Tasche hat. Auch das war wohl nicht allen klar, doch scheint dem Antragsteller, der da per Beschluß das Rederecht für Gäste ausräumen wollte, die Peinlichkeit noch rechtzeitig aufgegangen zu sein - auf eine Abstimmung dessen bestand er nicht.
Zu fortgeschrittener Stunde und nachdem ein großer Teil der Anwesenden - verunsichert und irritiert von einer Reihe von undurchschaubaren "Trendabstimmungen" und vom Verlauf des Abends eher frustriert denn befriedigt - den Saal verlassen hat, wurden mit Michael Kukutz (26 Stimmen), Reinhard Schult (27 Stimmen) und Bernd Florath (21 Stimmen) unsere Berliner Vertreter für die Wahl zum Bundeskoordinierungsrat legitimiert.
Die nächsten Aufgaben stehen natürlich schon an, wir alle wissen, was wir besser und anders machen müssen, wenn künftige Versammlungen gehaltvolle Höhepunkte im Berliner NEUEN FORUM werden sollen. Die nächsten MVV-Einladungen werden bald in die Runde gehen. Ich hoffe, wir sehen uns alle wieder.

Gerald **Karpa**
NEUES FORUM

NEUES FORUM - Bürgerbewegung mit Parteistatut

"Kein Anwalt macht gerne Ehescheidungen - aber lieber viele Scheidungen als ein alternatives Projekt." So beschrieb Rechtsanwalt Hummel im zweiten Teil des Bernburger Bundesforums kurz und treffend die Kompliziertheit seiner Aufgabe, für das NEUE FORUM eine Rahmensatzung zu erarbeiten, die dem Parteiengesetz genügt aber einer Bürgerbewegung entspricht. Reichlich genervt sprach er dann auch aus, was den Fundamentalisten des NEUEN FORUM wie ein Stein auf die Füße fiel, "das NEUE FORUM war, ist und bleibt Partei im juristischen Sinne". Der Parteienteufel, den man immer wieder den Protagonisten des Bündnis 90 in die Schuhe schieben wollte, hat sich nun auch in den eigenen Sandalen festgesetzt.
Schwer zu sagen, ob die Gegenstimmen, die die Annahme der neuen Satzung verhinderten, wirklich nur aus dem Lager der Bündnis 90-Befürworter stammen. Sie ließ die Angst vor einem konkurrierenden Antreten der Bürgerbewegungen zu Landtags- und Bundestagswahlen dagegen stimmen. Aber auch das NEUE FORUM hätte mit seiner alten Satzung gut weiterleben können. Der Holzhammer schlug wieder einmal wie bei all den vorangegangenen Republik- und Bundesforen Samstagnacht zu!
Bis zur Fortsetzung der Debatte am Sonntag qualmten die Köpfe, um eventuell noch einen Kompromiß aushandeln zu können. Man fand ihn. In den bereits abgelehnten Satzungsentwurf wurde stufenweise ein Passus eingefügt, der "ein konkurrierendes Antreten gegen Bündnis 90 auf Landes- und Bundesebene" ausschließt. "Vor Wahlen werden Verhandlungen mit dem Ziel geführt, eine Konkurrenz der Bürgerbewegungen auszuschließen." Eine erneute Abstimmung über den gesamten Satzungsentwurf brachte dann auch die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit.
Der Jubel auf beiden Seiten wurde aber durch Bärbel Bohley gebremst, indem sie anmerkte, daß dieser Passus, "durch die Bündnis 90-Leute aufgedrückt, beim nächsen Bundesforum wieder gestrichen werden kann."
Anstatt aus den Bügerbewegungen eine Bewegung zu machen, pocht der harte Kern im NEUEN FORUM weiterhin auf Eigenständigkeit. Ihm gelang es wieder einmal, wie bereits beim Gründungskongreß im Januar 1990, das NEUE FORUM zu spalten.
Doch für einen Parteivorstand kandidieren wollte selbst Mutter Bärbel nicht; sie zog ihren Namen von der Wahlliste für den Bundessprecherrat zurück. Lieber drohte sie an, den eine Woche später stattfindenden Gründungskongreß des Bündnis 90 mit einem Bus voll NEUES FORUM "Fundis-" zu stören. Opposition muß halt bleiben!

Siegfried-W. **Sohr**
NEUES FORUM Treptow

Deutschland 2000 ?

Längst wird die Macht nicht mehr getarnt und versteckt, sondern offen zur Schau gestellt. Die Präpotenz der Mafia ist heute im ganzen Land präsent; selbst aus dem nördlichen Piemont wird von Gemeinden berichtet, deren Regierung dazu genötigt werde, die Sitzungen direkt am Domizil des dorthin verbannten sizilianischen Mafiabosses abzuhalten. Laut Luciano Violante, einem Mitglied der Römer Antimafia-Kommission, ist die in die Institution vordringende Mafia längst nicht mehr nur ein pathologisches Problem. Heilung sei nicht mehr möglich, der Staat könne lediglich versuchen, verlorenes Terrain wieder zurückzuerobern. Davon ist allerdings bisher fast nichts zu sehen. Die mutigen Einzelkämpfer in den Reihen der Staatsanwälte und der Ordnungskräfte stehen auf verlorenen Posten, solange sie von den staatlichen Autoritäten keine Rückendeckung erhalten. Und die vielen, nicht selten widersprüchlichen und sinnlosen gesetzlichen Einzelmaßnahmen, erinnern oft fatal an die Empfehlung von Fürst Fabrizio Salino in Tomasi di Lampedusas "Gattopardo", etwas Bewegung zu veranstalten, um alles beim Alten lassen zu können. Solange Italiens Parteizentralen selber obskure Machtzentren sind und die Partitocrazia nicht zurückgebunden wird, hat man mit dem weiteren Anschwellen der Mafiamacht zu rechnen, mit noch mehr Korruption, einer weiteren Unterwanderung der Wirtschaft, einer noch brutaleren Kriminalität.

Thomas **Kreyenbühl,**
römischer Wirtschaftskorrespondent der Liberal-konservativen NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG zum italienischen Parteienstaat und die Mafia
(aus NZZ Portfolio, Sept.91, S. 46)

Versuch Netzwerk

Interview mit Cornelia Kirchgeorg, Bezirksverordnete in Berlin, Prenzlauer Berg

In Berlin-Prenzlauer Berg arbeiten die verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in einem Netzwerk zusammen. "Einladung zum Treffen aller, die sich weiter einmischen wollen", hieß es in der Einladung zum ersten Treffen im Sommer diesen Jahres. Erfahrungen mit dieser Form der Zusammenarbeit haben einige der Initiatoren bereits in einem "Netzwerk Spielkultur" sammeln können. Zusammen mit einer Basisgruppe des Neuen Forum luden sie ein und über 100 Interessierte kamen. Inzwischen haben sie sich zum dritten Mal getroffen. Es geht jetzt um die konkrete Zusammenarbeit, um den Grad der Verbindlichkeit, um die Teilnahme an den Kommunalwahlen.

Weil den Rentnern die Räume, früher von der "Volkssolidarität" betreut, genommen werden sollen - in einem Fall einfach das Schloß ausgewechselt wurde - wurde gleich die erste Arbeitsgruppe gebildet. Mitglieder verschiedener Initiativen wollen ihre Möglichkeiten nutzen, um zu helfen. Die Arbeitsgruppe wird solange bestehen, wie es das Problem gibt. Man wird sich wehren.

Eine der Initiatorinnen dieses Netzwerkes ist Cornelia Kirchgeorg, 36 Jahre, Mutter von drei Kindern. Erst in einem Friedenskreis, dann im Neuen Forum war sie im Kiez von je her engagiert. Im Mai 1990 wurde sie in die Bezirksverordnetenversammlung gewählt.

Wie ist die Idee, zu einem Netzwerk einzuladen, entstanden?

C. Kirchgeorg: Im letzten Jahr hat innerhalb des Neuen Forum nichts anderes mehr stattgefunden, als Wahlen vorzubereiten und darüber zu streiten, ob eine Partei nun besser ist oder nicht. Wir hatten es einfach satt, weil es zu viele Probleme gibt, um die wir uns kümmern müssen. Bürgerbewegung sollte doch wieder das sein, was sie ursprünglich war, nämlich eine Möglichkeit für Menschen, die sich gegen bürokratische Strukturen wehren wollen, mit anderen zusammenzuarbeiten. Dazu erleben wir im Stadtbezirksparlament diesen Parteien-Hickhack und unsere Ohnmacht. Vom „Netzwerk Spielkultur" sitzt auch jemand im Parlament, dem das nicht behagt. Uns wurde klar, daß wir ohne die außerparlamentarisch arbeitenden Gruppen nichts ausrichten können.

Außerdem stehen die Wahlen für die Stadbezirke schon wieder vor der Tür. Ich sage das ja sehr ungern, aber wir müssen uns jetzt auch damit auseinandersetzen. Es geht nicht, daß da Leute gewählt werden, die inhaltlich wenig bis nichts einbringen können. Die Menschen mit Kompetenz sind nun mal in den ganzen Initiativen zu finden. Und die nötigen Informationen von ihnen einzuholen, ist ein riesiger Arbeitsaufwand für uns wenige in der Bezirksversammlung. Es gibt ja sehr viele Selbsthilfeprojekte, Bürgerkomitees und Initiativen, die sich alle um Probleme im Stadtbezirk kümmern. Die arbeiten nebeneinander her und haben teilweise mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Außerdem gibt es Themen, wie Olympia 2000, die den ganzen Stadtbezirk betreffen oder sogar die ganze Stadt. Da müssen alle zusammenarbeiten. Unsere Einladung zum ersten Netzwerk-Treffen war ein Angebot.

Dieses Angebot wurde von sehr vielen angenommen. Wart ihr überrascht?

Wir wären überrascht gewesen, wenn der Saal leer geblieben wäre. Denn es brennt im Stadtbezirk an allen Ecken, der Senat hat die Gelder gekürzt, gerade auch für solche Initiativen und Vereine. Die einzige Chance zum Überleben ist, sich zusammenzutun. Und das war ja auf dem Treffen dann zu merken: Das Bedürfnis hatten alle. Es fehlte nur jemand, der es auf den Weg bringt.

Wie soll die Zusammenarbeit denn nun aussehen? Ist an eine Art Dachverband gedacht oder an quasi parteiähnliche Strukturen?

Obwohl wir vom Neuen Forum aus einer politischen Organisation kommen, geht es uns nicht darum, Politik im Interesse einer politischen Vereinigung zu machen. Uns geht es um die ganz konkreten Probleme hier. Deshalb haben wir es auch tunlichst vermieden, uns als Neues Forum anzubieten für den organisatorischen Teil. Das hätte wahrscheinlich auch schon wieder Leute abgehalten zu kommen. Sie hätten sich vielleicht vereinnahmt gefühlt.

Aber wie soll denn das Netzwerk nun funktionieren?

Das erste Treffen war zum Kennenlernen. Alle vertretenen Gruppen und Personen stehen mit ihren Adressen und einer kurzen Darstellung ihres Anliegens in einem Reader, der zum zweiten Treffen bereits vorlag. Jetzt geht es um die Art der Zusammenarbeit. Es gibt unterschiedliche Auffassungen: Manche denken, daß eine zentrale Stelle, die den Informationsfluß gewährleistet und ständiger Ansprechpartner ist, am günstigsten wäre. Andere wenden ein, daß dann am Ende wieder nur Verantwortung delegiert wird. Und das wollen wir ja gerade nicht. Wir sind erst dabei, konkrete Formen zu entwickeln. In voller Absicht haben wir vorher kein Konzept erarbeitet. Die Probleme werden uns zusammenarbeiten lassen. Und da wird sich zeigen, wie das am günstigsten funktioniert. Die erste Arbeitsgruppe ist ja schon entstanden. Die werden so lange gebraucht, wie das Problem, mit dem sie sich befassen, existiert. Und so werden bei Bedarf eben weitere entstehen.

Ein anderer Punkt ist noch wichtig: Die besser ausgestatteten Gruppen wie die im "Netzwerk Spielkultur" werden den anderen auch materiell helfen können.

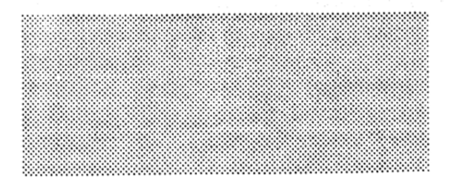
Und ihr wollt in Zukunft auch Parlamentarier stellen?

Ja. Es muß dann so eine Art offene Listen geben, wo die Leute, die sich wirklich engagieren, aufgestellt werden können. Das werden dann solche sein, wo diejenigen aus den Gruppen, die ihre Kandidatur unterstützen, sich sicher sind, daß sie ihre Interessen auch verteten. Wer dann das parlamentarische Hickhack wichtiger nimmt als die Anliegen der Menschen im Stadtbezirk, wird eben nicht wieder gewählt.

Das Bündnis 90 ist u.a.gegründet worden, um eine effektivere parlamentarische Arbeit zu ermöglichen. Was ist da der Unterschied?

Es geht uns nicht vordergründig um einen Gegensatz zwischen Netzwerk und Partei. Wir wollen kein Gegeneinander. Die Leute vom Bündnis 90 sollen auf Länderebene mit Berufsparlamentariern, die wir aus den Kommunalparlamenten ja nicht sind, arbeiten. Das ist genauso wichtig. Wenn es gute Leute sind, werden sie dafür sorgen, daß die wichtigen Informationen zu uns kommen, werden sie außerparlamentarische Aktionen unterstützen. Es geht um ein Miteinander.

Interview: Tina Krone



Hoyerswerda am 22.9.1991

"Zeiten der gefrorenen Sonne"

Die anhaltenden Ausschreitungen in Hoyerswerda kamen auch am Sonntag nicht zur Ruhe. Über drei Hundertschaften der Polizei waren bei den mit Gewalt begleiteten Ausschreitungen aufgestellt. Zwei- bis dreihundert Jugendliche hatten sich bis in die Nachtstunden hinein in der unmittelbaren Umgebung des Asylantenwohnheimes auf der Müntzerstraße eingefunden. Knallkörper und "Ausländer raus" - Rufe kamen aus ihren Reihen. Bei Gesprächen mit dem Pressesprecher der Landespolizeibehörde wurde Unverständnis darüber geäußert, daß der zuständige Landrat, Herr Wolfgang Schmitz, die seit immerhin sechs Tagen anhaltenden Krawalle nicht zum Anlaß nahm, um mit der Polizei in Kontakt zu treten. Die Kommunalpolitik hat in der ostsächsischen Braunkohlenstadt versagt. Die Entlassung aus dem Amt ist angesichts der tagelangen Verweigerung des Gespräches gegenüber der Polizei die Schlußfolgerung aus den Ereignissen. Die Verwaltungsbehörde in Hoyerswerda ist hier in gleicher Weise angefragt wie die Polizei. Jedoch kann sie nicht allein politische Fehlentscheidungen auf ihrem Rücken austragen. Demgegenüber äußerte sich der zuständige Dezernent für Ordnung und Sicherheit zufrieden über die gelaufenen Gespräche im Landratsamt: "Wir haben täglich beraten", dementierte er die Äußerungen des Polizeisprechers, Herrn Kießlich.
Erstaunlich, daß die vielen Zuschauer - breit durch alle Bevölkerungsschichten - es für richtig befanden, daß das Problem Asylantenwohnheim gelöst werden muß. "Wir haben seit Jahren unter Ausländern hier leben müssen, wir haben genug davon. Bis in die Nacht hinein stören sie mit ihren Lebensgewohnheiten die angrenzenden Bewohner. Unsere Kinder können bei diesem Lärm nicht schlafen. Das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Wir haben nichts gegen die Familien, die mit ihren Kindern hierher kommen, aber dann müssen sie sich auch unseren Lebensgewohnheiten anpassen."
Hoyerswerda, eine Stadt, die aus dem Geiste des Sozialismus gebaut wurde und den benötigten Arbeitskräften für die Braunkohlenindustrie eine Heimat darstellen sollte, ist alles andere als eine in Strukturen gewachsene Stadt. Für die 15.000 Einwohner steht nach wie vor nur eine Gaststätte zur Verfügung. Die Stadt steht durch den Zusammenbruch der Kohleförderung vor einem Kollaps. "Wir leben hier auf einem Pulverfaß", so der Dezernent für Ordnung und Sicherheit und stellvertretende Bürgermeister, Herr Klaus Neumann. Konzepte für die wirtschaftliche Zukunft sowie Veränderungen in der Infrastruktur existieren noch nicht mal auf dem Papier. Die vom Bund ausgegebene Gesetzesregelung, nach der aller Bundesländer ihrer Größe entsprechend Asylanten aufnehmen müssen, gestaltet sich gerade in dieser Region als äußerst bedenklich. Die Kommune hat nicht mal eigene Grundstücke, sie ist bereits in ihrer Ausbreitung über ihre Gemarkungsgrenzen hinausgewachsen. Als Lösung des Problems sehen die Stadtväter eine sofortige Umsiedlung aller Asylbewerber. Der Forderung der Anwohner nach Wohnraum für die Einheimischen sowie Ruhe im Wohngebiet glauben sie damit gerecht zu werden.
Wenn eine Stadt sechs Tage lang durch Krawalle in der Presse erscheint, so sind hier nicht nur kurzfristige Lösungen notwendig. Längerfristig muß gerade für die total lahmliegende Infrastruktur des Kreises ein Konzept her. Rechtsradikale Ausschreitungen haben auch darin ihre Ursachen, daß ihnen Gründe genug geliefert werden. Die Debatte um eine Änderung des Grundgesetzes, Art. 16, erscheint im Zusammenhang mit den Krawallen als Farce. Wenn man meint, damit Probleme der Menschen vor Ort zu klären, so ignoriert man die eigentlichen Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Politische Schlammschlachten auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen, ist angesichts der bestürzenden Zustände eine Ignoranz, die ihresgleichen sucht. Der Eindruck, der sich am Sonntagabend durch die Präsenz von Gewalt bot, ist ein erschreckendes Alarmsignal über die Stimmung der Bevölkerung.
Seit Monaten versuchten wir, auf diese Umstände hinzuweisen, daß man allein durch mehr Polizei dem Problem nicht gerecht wird.
Abgesehen von Wirtschaftskonzepten sind hier vor allem Gespräche im Rahmen von Einwohnerforen nötig. Wie sonst können die Ursachen gefunden werden als durch eine öffentliche und breite Diskussion?

Dresden, den 23.9.91
Andreas **Meinel**

NEUES FORUM Dresden
AG Vorbeugung

Rede von Sebastian Pflugbeil auf der Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses am 26. September 1991

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung an die Vertreter der Medien! Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, welch große Bedeutung gerade Sie für das Thema dieser Debatte haben, besonders jene unter Ihnen, die nicht für uns intellektuelle Spinner schreiben.
Und ich bedaure sehr, daß die sonst übliche Übertragung im Dritten Programm des Fernsehens zugunsten eines Tennisspiels herausgeflogen ist.
(Allgemeiner Beifall)
Es war einmal ein Land, in dem eine zusammengebrochene oder plattgemachte Wirtschaft viele, viele Menschen aus ihren Arbeitsplätzen herausschleuderte, in dem viele, viele Menschen Angst hatten, daß sie ihre Familien nicht ernähren und ihre Miete nicht bezahlen könnten, daß das Elend sie bereits gepackt hätte. In diesem Land war das Weltbild vieler, vieler Menschen stark ins Rutschen gekommen. Sie konnten nicht mehr an die großen Ideale glauben, mit denen sie erzogen worden waren und die ihnen auch dort, wo sie gegen sie aufbegehrten, einen gewissen Halt gegeben hatten. Unglücklicherweise waren diese Menschen auch noch in ihrem Stolz verletzt; ihr Selbstwertgefühl war schwer angeschlagen. Sie hatten ständig das Gefühl, daß andere sie übers Ohr hauen würden, und sie wußten nicht, wie sie sich dagegen wehren sollten.
Natürlich gab es Rattenfänger, die in dieser Situation eine Melodie spielten, die diese Menschen glaubten, weil sie es gewohnt waren, etwas zu glauben. Zu ihrem Erstaunen fiel es ihnen wie Schuppen von den Augen, daß es unmittelbar neben ihnen Menschen gibt, die Lebensraum, die Wohnraum belegen, die kaum arbeiten, denen die Obrigkeit sogar die Miete bezahlt, wäh-

rend sie selbst an einer drastischen Mieterhöhung zu kauen hatten. Solche Vergünstigungen ärgerten sie umso mehr, als doch jeder sofort erkennen konnte, daß jene anderen unter ihnen anders waren. Plötzlich fühlten sie, daß sie gar nicht schwach, sondern sehr viel stärker als diese anderen waren. Jeder Schlag und jeder geworfene Stein trugen dazu bei, daß sie sich aufrichteten und wieder einen Sinn in ihrem Leben fanden. - Nein, ich meine nicht die Anfänge des Dritten Reiches; ich meine unsere Situation. - Ich möchte auf dreierlei eingehen.

Erstens: In der alten DDR waren Dokumente wie die Schlußakte von Helsinki oder die UNO-Flüchtlingskonvention eine ebenso brisante wie unerwünschte Lektüre. Den Wert eines internationalen Abkommens über Reisefreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes bzw. die Verpflichtung, Asyl zu gewähren, sobald der Bewerber subjektive Furcht - subjektive Furcht! - vor Verfolgung empfindet, kann nur ermessen, wer keine Chance hatte, sich darauf zu berufen. Es schließt sich für mich daher völlig aus, mit Hilfe juristischer Trickspiele den Asylantenstrom zu stoppen. Der Angelpunkt liegt ganz woanders.

Zweitens: Wir tun so, als ob es Spaß macht, irgendwo um Asyl nachzusuchen, als Asylant mit 4 DM pro Tag auskommen zu müssen. Unterhalten sie sich doch einmal mit ihren Kindern darüber, woran es wohl liegt, daß einheimische Kirschen so viel teurer sind als Südfrüchte aus Honduras! Sie werden von allein drauf kommen, daß es an den Spott-Löhnen von etwa 20 Pfennig pro Tag liegt, die die Landarbeiter dort bekommen.

Und wie ist es mit den schweren Umweltkatastrophen? Ihre Kinder können ihnen erklären, wodurch sie wesentlich verursacht wurden. Und wer von uns hat die Stirn, mit Asylbewerbern um ihren Antrag zu feilschen, die aus einem der vielen Ländern kommen, deren Regime wir profitabel mit Waffen versorgen? Denken sie nur an die direkte Hilfe beim Bau der irakischen Atombombe! Nein, wir werden die Asylanten nicht eher los, als bis wir wirklich verstehen, daß unser Verhältnis zur Zweidrittel-Welt maßgeblichen Anteil daran hat, daß sich so viele Menschen auf den Weg machen.

(Beifall bei der SPD, der PDS, bei Bü 90/Grüne und der FDP)

Und wir werden den Ausländerhaß nicht überwinden, solange jeder Klippschüler so leicht herausfinden kann, auf welcher Seite die politisch und wirtschaftlich Mächtigen in unserem Land tatsächlich, das heißt mit ihren Taten, stehen.

Wir haben die Wahl. Was wollen wir also? Jugendhaftanstalten oder Jugendclubs? Mehr Polizei oder mehr Sozialarbeiter? Mehr Verfassungsschützer oder vielleicht eine Senatorin oder einen Senator für Ausländerfragen? Zäune oder Gastfreundschaft? Schärfere Gesetze oder menschlichere Beamte? Immer mehr Reichtum bei uns oder faire Wirtschaftsbeziehungen zur Zweidrittelwelt? Diktaturen unter deutschen Waffen oder konventionell und atomar abgerüstete Weltzonen? Oder ist es uns womöglich sogar recht, daß einige Leute dabei sind, eine Mauer zwischen den wirklich Armen und uns zu errichten, gegen die der eiserne Vorhang ein rostiger Husten war? Brauchen wir für unseren erbärmlichen Reichtum einen Safe, dessen Tür man von innen verschließen kann? Wir werden in unserem eigenen Mief erstikken, wenn wir nicht endlich ausprobieren, was die wirklich Armen uns vormachen, daß man reich wird und daß es Spaß macht, wenn man mit Fremden teilt.

Welches sind die wirklich Verantwortlichen für unsere aktuellen Sorgen? Die paar Promille Asylanten in den neuen Bundesländern oder jene, die bersten vor wirtschaftlicher und politischer Profitgier und unsere sozialen Bezüge zerfetzt haben, die mit unseren elementaren Lebensbedürfnissen spekulieren und uns Ideale eintrichtern wollen, die die Seife nicht wert sind, aus denen sie geblasen wurden?

(Beifall bei Bü 90/Grüne)

Wenn wir nicht zu Fremdlingen in unserer eigenen Heimat werden wollen, dürfen wir nicht länger zuschauen, wie mit einer Hand sozialer Druck erzeugt und mit der anderen staatliche Macht aufgebaut wird. Das Feuer in den Asylantenheimen ist ein Irrtum, ein schlimmer Irrtum, das Feuer gehört ganz woanders hin, nämlich unter die Fräcke jener Politiker, für die elementare Menschenrechte nur zum Wahlfang gut sind.

(Beifall bei Bü 90/Grüne; Hapel (CDU): Das ist ja ein Gewaltaufruf!)

Ich möchte meinen Enkeln erzählen können, daß es einmal ein Land gab, das reich wurde, weil es mit Fremden teilte, das geachtet wurde, weil es Frieden stiftete, für das Gerechtigkeit mehr bedeutete als Profit, das seine Identität fand, als es seine Grenzen aufmachte, dessen Bürger vergessen hatten, was ein Schlagbaum ist.

(Beifall bei NEUES FORUM/Bürgerbewegung, bei Bü 90/Grüne, bei der FDP, bei der PDS, teilweise bei der SPD, vereinzelt bei der CDU)

Liebe Leser

Seit es unser NEUES FORUM Bulletin gibt, verschicken wir es an alle Basisgruppen und einen kleinen Kreis von Interessenten. Nun mehren sich die Anfragen von Forum-Mitgliedern und Freunden des NEUEN FORUM, ob es nicht möglich sei, das Bulletin privat zugeschickt zu bekommen, da offensichtlich Vervielfältigung und Verbreitung über die Büros Probleme bereiten.

Wir sind gern bereit, Euch das Bulletin zuzusenden. Wir bitten Euch, uns Eure Wünsche nach unserem Infoblatt baldestmöglich zuzuschicken und zu unserer Unterstützung mindestens

10 DM in Briefmarken für das Jahr 1992 beizulegen, da uns höhere Selbst- und Portokosten entstehen (ein Bulletin kostet uns ca 1 DM, das Porto eine weitere...)

P.S.: Wir sind nach wie vor sehr froh über Eure Zuschriften, Artikel, Beiträge zustimmender wie kritischer Art und bitten Euch, unser Forum-Bulletin mit Euren Äußerungen mitzugestalten!

Ich/Wir möchte/n .... Exemplare des Bulletins ein Jahr lang an folgende Adresse zugeschickt bekommen:

Name: ....

Anschrift:...

PRESSEERKLÄRUNG
des NEUEN FORUM zum gestern verabschiedeten StaSi-Aktengesetz und zum Abstimmungsverhalten der Gruppe "Bündnis 90 / Die Grünen"
im Bundestag

StaSi-Unterlagengesetz inakzeptabel

NEUES FORUM kritisiert Bündnis 90-Bundestagsabgeordnete
Durch die Verabschiedung des StaSi-Unterlagen-Gesetzes gibt es endlich eine längst überfällige Rechtsgrundlage für die Einsicht von Opfern staatlich organisierter Bespitzelung und Unterdrückung in ihre Akten.

Das verabschiedete Stasiaktengesetz weist jedoch erhebliche Mängel auf:
- Das Gesetz verkehrt das Betroffenenrecht auf Auskunft in ein Gnadenrecht der Gauck-Behörde.
- Durch das Gesetz können Geheimdienste und die Strafverfolgungs-behörden ohne Kenntnis der Betroffenen die Archive benutzen.
- Die Geheimdienste dürfen zudem aus den Archiven bereits entwendete Akten behalten. Während Presse und StaSi-Opfern dieses Recht nicht zusteht, sind die Geheimdienste noch nicht einmal verpflichtet, der Gauck-Behörde Kopien ihrer Unterlagen zu übermitteln. Schlimmer: Sie dürfen sogar Akten ersatzlos aus dem Archiv entnehmen.
- Aus der Forderung nach „keinem Zugang für Geheimdienste" wurde so das Einsichtsrecht für alle westlichen Geheimdienste.
- Gleichzeitig wurde der Presse ein Maulkorb umgehängt: Unter Androhung von hohen Geldstrafen soll es Bundesbehörden überlassen bleiben, aus welchen Akten künftig zitiert werden darf und aus welchen nicht.
- Die Betroffenen dürfen nur über ihre eigenen Akten reden. Damit wird die Aufarbeitung der StaSi-Unterlagen atomisiert. Das Gesetz richtet sich gegen das Anliegen der vielen Bürgerkommitees, die jahrelang eine rückhaltlose Aufklärung der StaSi-Machenschaften verlangten.

Mit diesem Gesetz sind die Forderungen der Bürgerbewegungen nicht erfüllt. Für das NEUE FORUM drängt sich der Verdacht auf, daß es der Bundesregierung und den etablierten Parteien mit dem Gesetz auch um die Vertuschung von früheren StaSi-Kontakten westdeutscher Politiker geht.

Daß von acht Parlamentariern der Bundestagsgruppe "Bündnis 90 / Die Grünen" nur fünf bei der entscheidenden Abstimmung im Parlament anwesend waren, ist bezeichnend. Die Abgeordneten Werner Schulz (Bündnis 90) und Klaus-Dieter Feige (Die Grünen) wollten sich offenbar einem Votum entziehen. Konrad Weiß, Wolfgang Ullmann und Gerd Poppe (allesamt Bündnis 90) müssen sich fragen lassen, ob sie wirklich noch für die Bürgerbewegungen im Bundestag sitzen.
Mit ihrer Enthaltung bei der Bundestagsabstimmung tolerierten sie einen Regierungs-Entwurf, dessen Schwachpunkte sie jahrelang bekämpften. Konrad Weiß trug zudem noch nicht einmal den Änderungsantrag zum nachrichtendienstlichen Akten-Zugriff mit, den Ingrid Köppe (NEUES FORUM) für die gesamte Bundestagsgruppe eingebracht hatte. Damit haben sich diese Abgeordneten gegen Beschlüsse des NEUEN FORUM und bisherige Bekundungen ihrer jeweiligen eigenen Organisationen zum StaSi-Aktengesetz gestellt, die jeglichen Zugriff von Geheimdiensten verurteilten.
Dem NEUEN FORUM ist es unverständlich, warum Abgeordnete der Bürgerbewegungen zu Fragen der StaSi-Akten keine Meinung haben.

Berlin, 15.11.91

Für den Bundeskoordinierungsrat des **NEUEN FORUM**
Bernd **Florath**
Michael **Kukutz**
Reinhard **Schult**
Jan **Hermann**



"Hier in Schtenschrupje ist die Lage immer noch unübersichtlich. Gestern hatte Kalawimpi Brutto, der Kamalsekretär der als früsig geltenden Schrompolenos, beantragt, die Kluminis zu erhöhen, was aber sowohl von den radifahlen Knorschpiepels unter Führung von Folmentase Brot, aber auch von den liberalen Scheißjers und ebenso vom gelben Flügel der Sozuuldemotinten um Brandaranarla Schwenzer-Seybold aufs schärfste abgelehnt wird – für Kenner der hiesigen Verhältnisse allerdings absolut nicht überraschend."